

presse

Maritimes Bündnis wird teilprivatisiert

Zum Finanzbeitrag des Bundes für die Seeschifffahrt und die Frage eines Eigenbeitrages der deutschen Reeder erklären der Maritime Koordinator der SPD-Bundestagsfraktion Uwe Beckmeyer und der zuständige Berichterstatter Johannes Kahrs:

Das Maritime Bündnis wird fortgesetzt – aber zu einem hohen Preis. Die schwarz-gelbe Bundesregierung muss jetzt einräumen, dass die Finanzhilfen für Ausbildung und Beschäftigung in der Seeschifffahrt vorerst nicht wieder aufgestockt werden. Union und FDP verheddern sich im Gestrüpp rechtlicher Hindernisse, erklären Uwe Beckmeyer und Johannes Kahrs.

Das Maritime Bündnis wird fortgesetzt - aber zu einem hohen Preis. Die schwarz-gelbe Bundesregierung muss jetzt einräumen, dass die Finanzhilfen für Ausbildung und Beschäftigung in der Seeschifffahrt vorerst nicht wieder aufgestockt werden. Denn bei dem Versuch, die deutschen Reeder mit ins Boot zu holen und das Haushaltsloch durch einen Eigenbeitrag der Schifffahrtsunternehmen zu stopfen, verheddern sich Union und FDP im Gestrüpp rechtlicher Hindernisse.

Ein Prüfbericht von Bundesverkehrsministerium und dem Koordinator der Bundesregierung für die maritime Wirtschaft zeigt jetzt: Vor 2013 kann Schwarz-Gelb keine verfassungsfeste Regelung organisieren, um die fehlenden 30 Millionen Euro einzusammeln - weder über ein Gebührenmodell noch über eine öffentlich-rechtliche Fondslösung. Eine dauerhafte Lösung kündigt die Regierungskoalition gar erst für die nächste Nationale Maritime Konferenz an.

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Schließlich hatte Schwarz-Gelb die Hilfen für die Seeschifffahrt erst um die Hälfte zusammengestrichen, um dann nach massiven Protesten der Sozialpartner, der Küstenländer und der SPD das Steuer wieder herumzureißen und die Mittel im Bundeshaushalt 2012 doch noch aufzustocken. Bisher konnte das Geld jedoch aufgrund einer Sperre im Bundeshaushalt nicht fließen. Überdies ist zu klären, wie mit den offenen Altfällen aus dem Jahr 2011 und Nachzahlungen aus Verwendungsnachweisverfahren umgegangen wird. Allein damit sind bereits zwei Drittel der momentan überhaupt nur verfügbaren Bundesmittel in Höhe von 28,7 Millionen Euro gebunden.

Die Aussichten für die Zukunft verheißen keine Besserung. Denn das von Schwarz-Gelb angestrebte Modell bedeutet im Kern nichts anderes, als das ein wesentlicher Teil der bisherigen staatlichen Unterstützung nun von den Schifffahrtsunternehmen selbst übernommen werden soll. Das Maritime Bündnis wird gewissermaßen teilprivatisiert.